

Sehr geehrte Heidi Winter, liebe Frauen für den Frieden Karlsruhe,

über das Szenario „Sicherheit neu denken“ habe ich mich informiert, vorher war es mir noch nicht bekannt. Viele Punkte Ihrer Vision finden sich auch in unserem aktuellen Wahlprogramm wieder und ich setze mich somit auch für deren Umsetzung ein. So fordern auch wir einen Paradigmenwechsel in der Außenpolitik und stehen für gewaltfreie Konfliktlösung und grenzübergreifende Kooperation, statt Rüstungsexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr. Letzte muss Stück für Stück abgerüstet werden, beginnend mit Material und Truppenteilen, die ausschließlich für Auslandseinsätze konzipiert sind.

Ihrer Aussage zum Wohlstand der westlichen Welt muss ich leider absolut zustimmen. DIE LINKE betrachtet eine gerechte Handelspolitik als eine Voraussetzung für eine friedliche Welt und für globale soziale Gerechtigkeit. Ebenso wichtig ist eine globale soziale Grundversorgung. Diese können wir nur aufbauen und finanzieren, wenn Ausbeutungsverhältnisse beendet und Reichtum weltweit umverteilt wird. Konkret fordern wir zum Beispiel Kooperations- statt Freihandelsabkommen, denn die europäischen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) zementieren Abhängigkeiten des Globalen Südens als Rohstofflieferant. Zum anderen habe ich im Bundestag für ein Lieferkettengesetz gekämpft, das seinen Namen verdient – und dafür gilt es weiter einzutreten. Das Gesetz der Bundesregierung lässt zu viele Lücken, es fehlen zum Beispiel wirksame zivilrechtliche Haftungsregeln, um die Rechte von Betroffenen zu stärken und die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Auch eigenständige umweltbezogene Sorgfaltspflichten, der Einbezug von betroffenen Personengruppen in Entscheidungsprozesse sowie Maßnahmen zur Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit müssen viel stärker gefördert werden.

Die Forderung nach einem Ende der Rüstungsexporte, dem Geschäft mit Krieg und Sterben, war immer und ist weiterhin ein wesentlicher Grundsatz meiner Politik und ist fest im Wahlprogramm 2021 verankert. Ebenso selbstverständlich trete ich dafür ein, dass die Bundesrepublik Deutschland dem UN-Vertrag zum Verbot von Atomwaffen beitrifft.

Eine zufriedenstellende, aber nicht zu ausführliche Antwort auf Ihre letzte Frage ist schwierig zu geben. Zunächst: Selbstverständlich setze ich mich für die Lösung der von Ihnen genannten Probleme ein, im Grunde genommen bin ich genau deshalb in der Partei DIE LINKE und versuche politisch wirksam zu sein. Ganz konkret halte ich es für unglaublich wichtig, in lokalen Bündnissen und Netzwerken zu beginnen. Ob Demokratisierung von Betrieben durch Gewerkschaftsarbeit und der Kampf für gute Arbeit und faire Löhne, Mietenbündnisse und der Einsatz für bezahlbares Wohnen, die Pflege-, Klimagerechtigkeits- oder Anti-Abschiebebewegung, Engagement für Geschlechtergerechtigkeit und Frieden. Im Parlament waren der Einsatz für ein wirksames Lieferkettengesetz und eine solidarische Migrationspolitik, zum Beispiel durch die Unterstützung ziviler Seenotrettung, wichtige Teile meiner Arbeit und werden es auch in Zukunft sein. Weitere konkrete Ansätze und Forderungen finden sich im Detail in unserem Wahlprogramm 2021 (<https://www.die-linke.de/wahlen/wahlprogramm-2021/>).

Danke für euren Einsatz und freundliche Grüße,

Michel Brandt